

17. Januar 2017

Pressemitteilung

der Wählergemeinschaft Initiative für Iserlohn e.V. (ifi)

IKZ-Interview 11./12. Januar 2017 – Bürgermeister Dr. Ahrens:

„Klar für Parktheateranbau und mit Fragezeichen hinter Eisfläche“

Die Wählergemeinschaft Initiative für Iserlohn e.V. (ifi) nimmt das IKZ-Interview vom 11./12. Januar 2017 zum Anlass, um die dort gemachten Äußerungen des „ersten Bürgers“ dieser Stadt kritisch zu hinterfragen. „Wir sind uns natürlich bewusst“, so der ifi-Vorsitzende Dieter Zeh, „dass wir als außerparlamentarische Opposition in den Augen des Bürgermeisters kaum Gnade finden werden, denn kritisches Hinterfragen verbunden mit Verbesserungsvorschlägen entspricht offensichtlich nicht seinen Vorstellungen von selbstlos und ehrenamtlich agierenden Iserlohnern.“ Denn ergreifen Bürger die Initiative, wenn sie zum Beispiel das Gefühl haben, es läuft nicht so, wie es laufen sollte, werden sie schnell zu Aktivisten degradiert, die sich lediglich um ihre eigenen Interessen kümmern. „Dies den Gegnern der Bebauung Auf der Ernst oder den Anwohnern der Bismarckstraße zu unterstellen, ist an Ahnungslosigkeit kaum zu überbieten“, ärgert sich der zweite Vorsitzende und Sprecher der Wählergemeinschaft ifi, Uwe Albert. „Uns ist nicht bekannt, dass sich auch nur ein Anwohner der Bismarckstraße gegen die Gesamtschule auf dem Campus-Gelände ausgesprochen hat.“ Natürlich reagieren diese Bürger aus der Anwohnerposition heraus. Aber wer sollte sonst mit detailliertem Wissen um das eigene Wohnumfeld und den daraus resultierenden Erfahrungen die richtigen Fragen stellen? Erst für fünf Millionen Euro marode und in keiner Weise energetischen Ansprüchen genügende Gebäude zu kaufen und sich dann Gedanken um die Umgestaltung und die notwendige Infrastruktur zu machen, lässt daher nicht nur die in unmittelbarer Nachbarschaft wohnenden Bürger unruhig werden. Vor allem, wenn dieses Vorhaben 50 bis 60 Millionen Euro kosten soll. Geld, mit dem man möglicherweise neu bauen könnte. Das Gebiet Auf der Ernst, mehr als zwanzig Jahre lang für Bildung und Forschung vorgesehen, hätte so ein Standort sein können. Vorschnell wurde es an die Sparkasse verkauft, nicht zuletzt um den städtischen Haushalt besser aussehen zu lassen. Mit ein wenig Geduld und Überlegter, in die Zukunft gerichteter Planung, wie seinerzeit von der Bürgerinitiative gefordert, würde man heute über ganz andere Entscheidungsspielräume verfügen.

Und wer behauptet, dass „die zustimmende Mehrheit eher schweigsam ist“, scheint den Bezug zur Realität endgültig verloren zu haben. Politikverdrossenheit und Unzufriedenheit erkennt man auch an den immer geringer werdenden Wahlbeteiligungen. Von gerade einmal 16 Prozent der 75.000 Wahlberechtigten zum Bürgermeister gewählt, muss man schon ein sonniges Gemüt haben, wenn man die 84 Prozent seiner Nichtwähler für eine zustimmende Mehrheit hält.

Es ist bezeichnend, dass auch im genannten Interview zuerst die Errichtung der Gesamtschule am Seilersee genannt wird und dann erst die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen angesprochen werden. Dabei ist klar, es gibt keinen direkten,

durch Fußgängerampeln gesicherten Zugang zum geplanten Gesamtschulgelände: Vorhandenen Brückenübergänge entsprechen nicht den Erfordernissen, die an eine Benutzung durch Fußgänger und Fahrradfahrer gestellt werden. Die Geländer sind dafür zu niedrig. Die Brücken zu schmal. Doch ein Ratsmitglied hat bereits eine Lösung parat: Vor den Brücken werden Ordnungskräfte dafür sorgen, das fahrradfahrende Schulkinder von den Rädern steigen. Und das für 10,6 Millionen Euro geplante Parkhaus vor der Eishalle wird gerade einmal die vorhandenen Parkplätze ersetzen. Trotzdem träumt ein SPD-Ratsmitglied davon, dass sogar die an den Straßenrändern parkenden Fahrzeuge der Roosters-Fans im neuen Parkhaus Platz finden und auch die Anwohner von den in Seitenstraßen parkenden Fahrzeugen befreit werden. Sorgfältige und gemeinwohlorientierte Entscheidungen sehen anders aus.

Der ehemalige Stadtmarketingmanager und sein unmittelbarer Vorgesetzter hatten nun wirklich lange genug Zeit, das Iserlochner Stadtmarketing als Chance und nicht als Problem zu begreifen. Um Iserlohn als Marke aufzubauen, sind Weichen zu stellen – nicht Erwartungen zu beschreiben. Professionelles Marketing weiß, was zu tun ist. Sicherlich gehört dazu nicht, den bundesweit bekannten Werbeträger der Stadt, die „Iserlohn Roosters“, in ihrem Bewegungsspielraum einzuschränken. Seit geraumer Zeit wird eine zweite Eis- bzw. Trainingsfläche seitens der Roosters-Vereinsführung angesprochen. Eine Eisfläche, die offensichtlich für den zukünftigen DEL-Spielbetrieb dringend erforderlich ist, darüber hinaus aber Kindern und Jugendlichen eine weitere sportliche Perspektive in der Stadt bieten würde. Diese mit rund vier Millionen Euro bezifferte Investition ist im Vergleich zu den geplanten Investitionen für Parkhalle, Schillerplatz, Gesamtschule und Parkhaus relativ gering.

Iserlohn ist zweifellos eine anziehende, attraktive Stadt, die seinen Bürgern und den Menschen im Umland nicht nur kulturell viel bietet. Ohne die zahlreichen, zum Teil bundesweit erfolgreichen und imagebildenden Sportvereine, würde es allerdings etwas anders aussehen.

Warum spricht das Stadtoberhaupt innerhalb der Innenstadt von fehlenden Kriminalitätsschwerpunkten, um aktiv zu werden? Ob die Treppenanlage am Fritz-Kühn-Platz oder die City nach Geschäftsschluss – kaum jemand bewegt sich dort nicht mit gemischten Gefühlen. Und je später es wird, greift man eher auf ein Taxi zurück, als die Innenstadt von A nach B zu durchqueren. Das Sicherheitsgefühl ist längst auf der Strecke geblieben.

Initiativ für Iserlohn (ifi) gehört als neue Wählergemeinschaft zu denen, die sich politisch ausschließlich für Iserlohn engagieren und dabei auf „barsche und beleidigende Töne“ verzichten. Aber die Intensität der Kritik, wenn es nicht so läuft, wie es laufen sollte, wird zunehmen, wenn es darum geht, klare Kante zu zeigen. Oder falls Sorgen und unverständene Entscheidungen seitens der Politik oder der Verwaltung viele Menschen in Iserlohn beunruhigen. Sofern es gelingen sollte, ein Umdenken zu bewirken, wäre ein erstes Ziel bereits erreicht. Der Mut, der dann erforderlich wäre, einmal getroffene Entscheidungen gegebenenfalls rückgängig zu machen, dürfte den Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung Anerkennung und verloren gegangenes Vertrauen zurückbringen. Die Wähler, die Bürger, ob Alt oder Jung, haben es verdient. Sie sind es, für die es sich lohnt, ohne überparteiliches Geplänkel, das in der Kommunalpolitik ohnehin nichts zu suchen hat, engagiert zu handeln.